

vierteljährlich 8 Mark 70 Pf., halbjährlich 16 Mark, jährlich 32 Mark. Die Anzeigenpreise sind in der 1. Beilage zu finden. Die Anzeigen werden in der 1. Beilage zu finden. Die Anzeigen werden in der 1. Beilage zu finden.

Gegründet 1877.



Die inhaltliche Seite über deren Raum 40 Bl. Die Anzeigepreise sind in der 1. Beilage zu finden. Die Anzeigen werden in der 1. Beilage zu finden.

Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№. 88 Druck und Verlag in Altensteig. Freitag, den 16. April. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Neuer Putsch-Versuch?

Die Berliner Blätter verbreiten wieder aufregende Mitteilungen über einen neuen Putsch, der sich angeblich wieder vorbereiten soll. So wird dem „Berl. Tageblatt“ aus Pommern geschrieben, noch nie seien so viele Bataillontruppen in Pommern gewesen, wie jetzt. Sie werden von einer Stadt zur andern geschoben als sogenannte „liegende Kolonnen“.

Die „Post. Ztg.“ schreibt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Deutschland noch einzelne Verschwörerherde bestehen. Es handelt sich um Dinge, die bereits das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Freiheit“, anzudeuten schien, als sie schrieb: „Einige monarchistische Offiziere haben den Versuch gemacht, sich an die radikalen Parteien zu verlaufen.“

Die „Post. Ztg.“ schreibt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Deutschland noch einzelne Verschwörerherde bestehen. Es handelt sich um Dinge, die bereits das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Freiheit“, anzudeuten schien, als sie schrieb: „Einige monarchistische Offiziere haben den Versuch gemacht, sich an die radikalen Parteien zu verlaufen.“

Der „Vorwärts“ schreibt: Aus Vorposten erfahren wir, daß die Zeitfreiwilligen noch nicht entlassen sind. In Greifswald halten die dortigen Zeitfreiwilligen, Studenten, fortgesetzt Übungen im Schießschießen und im Handgranatentwerfen ab.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Wir sind nicht in der Lage, die mehr oder weniger sensationellen Nachrichten auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Sollten aber in der Tat Desperados und unpolitische Köpfe sich mit Umsturzplänen tragen, so können wir sie nur davor warnen. Unser Vaterland bedarf der Ruhe, und es ist jetzt Pflicht jedes einzelnen, seinem Unmut und seiner Verweigerung über die jetzigen Zustände die gefehlmäßigen Schranken aufzuerlegen.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der soz. Partei fordert die Genossen auf, sich in Massen in die Listen der bewaffneten Wehr einzutragen zu lassen.

Die Korrespondenz der Deutschen Nationalen Volkspartei erwartet, daß ihre Parteifreunde Umsturzplänen entschieden entgegenwirken.

Das „Berl. Tagebl.“ teilt mit, der britische Geschäftsträger in Berlin, Lord Kilmanock, habe einem Vertreter des Blatts gegenüber gesagt, ein neuer Militärputsch würde nach seiner Ueberzeugung in England die größte Enttäuschung hervorrufen. (Der englische Agent Trebitch-Vincolin, ein geborener Ungar, ist aber der Vertrauensmann der „Kapp-Regierung“ gewesen und hat deren Auftrufe usw. verfaßt.)

Gera (Neuch), 15. April. Eine Konferenz der soz. Rollzugsausschüsse, der soz. Parteien und der Regierungsvertreter von Sachsen, Sachsen-Weimar und Altenburg verlangte die Abberufung der Reichswehr aus dem Vogtland auf Verlangen der Arbeiter, Auslösung unter der Reichswehr und den Arbeitern im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes, Auflösung der Reichswehr, Bewaffnung der Arbeiterschaft und Vorbereitung des Generalstreiks gegen den neuen Militärputsch.

Duisburg, 15. April. Die durch die Roten Banden in Duisburg angerichteten Schäden, soweit sie bis jetzt bei der Stadtverwaltung angemeldet sind, belaufen sich auf 13 Millionen Mark.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 14. April.

Kein schöner Tag heute im Sitzungssaal des Reichstags. Der Abgeordnete Otto Braß (Unabhängig) hielt eine fast dreißtminütige Rede über die Ereignisse im Ruhrgebiet und anderes, wie sie Millerand sich zur Begründung seines Ueberfalls nicht besser wünschen konnte. Braß behauptete schlankweg, nicht 18.000 Mann, wie die Regierung festgestellt habe, sondern 80.000 Mann Reichswehrtrouppen seien ins Ruhrgebiet geschickt worden (nach dem Abkommen vom August 1919 hatte die Entente 14.000 Mann zugesandt). General Watter habe durch seine Freisetzung für die Waffenablieferung die Arbeiter herausgefordert, um einen Vorwand für den Einmarsch zu schaffen. Der Aufstand sei überhaupt nur eine Abwehr gegen den Kapp-Putsch gewesen. Reichsjustizminister Wiesner, der von der Regierung zu Verhandlungen ins Ruhrgebiet entsandt worden war, trat den Behauptungen des Abg. Braß sofort entgegen. Es sei nicht wahr, daß der Aufbruch durch den Kapp-Putsch verursacht sei, sonst hätten nicht schon 24 Stunden nach dem ersten Auftreten Kapps viele Tausende von Reichswehrtrouppen mobilisiert und in straffer Organisation auf dem Plan sein können. Der Aufstand sei vielmehr schon lange Zeit vorher sorgfältig vorbereitet gewesen für die Zeit, wo nach dem Augustabkommen mit der Entente die Reichswehrtrouppen ganz aus der neutralen Zone zurückgezogen werden mußten. Reichswehrminister Gessler wies dem Abg. Braß nach, daß er der feindlichen Rheinlandkommission Dokumente ausgeliefert habe, die Millerand dann für seine Eroberungsabsichten als Beweisgrund dienen mußten. Das Haus geriet in maßloses Erstaunen, denn es wurde nicht mehr bezweifelt, daß die verleumdendste Rede der französischen Dabos-Agentur sich auf die Aussagen stütze, die ein deutscher Abgeordneter geliefert hatte. Die Erregung war ungeheuer. Rufe wie: Hinans mit dem Lumpen! Hochverräter! Schams! u. a. flogen durch den Saal. Dann gab es noch ein Redebuell zwischen dem Abg. Kahl (Deutsche Volkspartei) und dem neuen Reichsjustizminister Blund (Dem.). Kahl wies die geistige Behauptung Blunds, daß die D. V. an dem Kapp-Putsch mitschuldig sei, mit außerordentlicher Schärfe zurück und er warf dem Minister Mißbrauch des Amtes vor. Seine Rede sei die eines Winkeladvokaten (Blund ist im Zivilleben Rechtsanwalt) gewesen, nicht die eines Ministers. Seit der Revolution habe noch kein Justizminister so unwahr und verleumdend gesprochen. Blund solle die Hochverräter da suchen, wo sie wirklich lägen. Der Minister antwortete mit kaum geringerer Erregung. Bei Braß könne von Hochverrat nicht gesprochen werden, aber wegen des Verdachts des Landesverrats werde eine Untersuchung gegen Braß veranlassen. Abg. Braß selbst ergriff noch einmal das Wort. Er sprach von der „Hohen Kommission“ (der feindlichen Verbündeten) und erklärte, er ziehe die Befehle des Ruhrgebiets durch feindliche Truppen der Reichswehr immer noch vor. Diese Worte entzettelten einen neuen Sturm der Entrüstung. Man war herzlich froh, als der Präsident in der neunten Stunde die Sitzung schloß.

Belagerung der Regierungserklärung. Abg. Braß (U.S.P.): Es ist Schwindel, daß ein Putsch von links von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Wenn ein Schuss der Ruhrbergwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Besetzung seitens der Entente derjenigen durch die Reichswehr vorzuziehen, denn es handelt sich um eine Sache der europäischen Arbeiterschaft. Es ist verständlich, daß gegenüber dem militärischen Druck der Entente an eine Auktorepublik ausgedacht. Leider übertrag man die Ausführungsbestimmungen des Viesfelder Abkommens dem General v. Watter. Die Arbeiter konnten hierauf nicht eingehen. Die Regierung schenkt es ja auch eingehen zu haben. Ein Teil der Arbeiterschaft hat sich nicht unter dem Schuss der Entente vor dem Wüten der Reichswehr. Die Regierung muß sich mehr auf die organisierte Arbeiterschaft stützen.

Reichsjustizminister Gessler: Meine Aufgabe im Ruhrgebiet war alles zu versuchen, um Blutergüssen und Bürgerkrieg zu vermeiden. Bürgerium, Beamtentum und weite Kreise der Arbeiterschaft waren sich einig, daß das schärfste passieren müsse, wenn die Reichswehr abmarschiert, ohne daß Ordnung geschaffen wird. Nach den Viesfelder Verhandlungen hatte die rote Armee kein Hauptziel mehr. Der Kapp-Putsch war erledigt. Das Nachrichtenwesen während des Putsches muß noch besonders untersucht werden. Vor allem sind die zu entziffern, die ihre Waffen gegen die Regierung und Verfassung brauchen wollen. Hätte das Industriegebiet sich ruhig verhalten, so wäre der Kapp-Putsch viel schneller erledigt worden.

Reichswehrminister Gessler: Wir können nicht aus den jetzigen Verhältnissen hinaus, wenn wir die Atmosphäre des Mißtrauens nicht zerbrechen. Dazu trug die Rede des Abg. Braß (U.S.P.) nicht bei. Bei den Verhandlungen in Viesfeld wurde er erlucht, uns das Material zu geben. Er hat es nicht getan. General v. Watter hat erklärt, er habe alles getan, um zu verhindern, daß Freikorps nach Berlin kommen. Reformiert werden muß der Nachrichten- und der Aufklärungsdienst der Reichswehr. Im Nachrichtendienst laufen eine Anzahl Erfindungen herum, die gemeingefährlich sind. (Zurufe: Auch im militärischen!) Wir wollen die Truppen aus dem Ruhrgebiet ziehen, aber das können wir erst, wenn das Gebiet von Waffen gesäubert ist. Wenn jemand (Braß) sagt, er sehe lieber die Entente als die Reichswehr einmarschieren, so kann ein solcher noch nicht einen Tropfen deutschen Bluts in den Adern haben. Wenn Hr. Braß wieder nach Koblenz zur Rheinlandkommission geht, um über deutsche Dinge Auskunft zu geben — denn er geht nach Koblenz — (Hört, hört!), so soll er doch die Wahrheit sagen und nicht wieder auslagern, es ständen nicht 18.000, sondern 80.000 Mann in der neutralen Zone. (Rufe: Unerhört! Haas! Schmitt! Verdräht!) Braß hat auch Dokumente, die wir von ihm nicht erhalten konnten, an die Entente gegeben. (Andauernde Pfiffrufe auf allen Seiten des Hauses.) Die Waffenablieferung ist bis jetzt ganz ungenügend. Wer will, daß wir nicht schloß der Ruhr einrücken, der sorge dafür, daß dort die Waffen abgeliefert werden. Gegen Kapitän Erhardt ist Haftbefehl erteilt. Wir werden versuchen, die Brigade Erhardt im Süden aufzulösen. Wenn das nicht geht, wird sie mit Gewalt aufgelöst. Die auf Gütern in Pommern sich noch befindenden Reste von Balthustrouppen müssen auch weg. Wir müssen die Reichswehr ausbauen. Die Truppe erwartet von der Nationalversammlung ein Wort der Anerkennung. (Bravo!) Die Sicherheitswehr hat ebenso Anspruch auf Dank. Eine parlamentarische Kommission muß zur Untersuchung der Greuel im Ruhrgebiet nach dort gehen. Unerhörte Greuel sind von der sogenannten roten Armee verübt worden.

Abg. Schwarzer (Doyen-Op.): Der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet war nach unserer einmütigen Ueberzeugung eine absolute Notwendigkeit. Frankreichs Haltung war nicht gerechtfertigt. Die anderen Alliierten scheinen mehr Verständnis für die Lebensnotwendigkeit Europas zu haben.

Abg. Kahl (D.V.): Dem Reichsjustizminister Blund fehlen wesentliche Voraussetzungen für sein Amt, das er gefahren mißbraucht hat. Der Reichsjustizminister hat die Aufklärung der Deutschen Volkspartei entstellt. Von einer „neuen Regierung“ haben auch demokratische Blätter gesprochen. Wo war denn die alte Regierung? Unverantwortlich und leichtfertig war das Vorgehen des Justizministers. Ich kann auf Ehre und Gewissen versichern, daß meine Partei weder mittelbar noch unmittelbar von dem Putsch gewußt hat. Die Rede Blunds war die eines Winkeladvokaten. (Präsident Fehrenbach rüft diesen Ausdruck.)

Justizminister Blund: Abg. Kahl hat sich zu Entstellungen und Verdrehungen hinreichend lassen, die ich ihm nicht zugeträumt hätte. Meine Feststellungen waren durchaus zutreffend. Sie haben den verbrecherischen Wahnsinn der Kapp und Genossen nicht bekämpft. Sie tragen mit der Verantwortung für diesen Döner. Von der Affäre Braß habe ich erst durch die Rede des Reichswehrministers Kenntnis bekommen. Hochverrat kommt nicht in Frage. Wegen Landesverratsverdacht werde ich noch heute beim Reichsanwalt die nötigen Schritte tun. (Bravo!) Die Verbrecher sollen bestraft werden.

Reichshausier Müller erklärt das von Braß erwähnte Telegramm des Vorsitzenden der U.S.P.D. aus Duisburg, dessen Echtheit Braß angezweifelt hatte, für echt.

Abg. Quarek (S.): Die Einmünder des Reichstags haben die Reichswehr nicht nötig, sei werden die französische Besetzung ertragen müssen.

Abg. Braß (U.S.P.): Dokumente, die der Regierung nicht bekannt gewesen wären, habe ich dem französischen Journalisten nicht gegeben. Daß ich Dokumente bei meiner Anwesenheit im Ruhrgebiet der Regierung nicht gegeben habe, lag daran, daß ich nicht in meinen Händen waren. Eine Rücksprache zwischen mir und der hohen Kommission hat am 7. April, nachm. 4 Uhr, stattgefunden wegen der Unmöglichkeit, die Hunderttausende von Flüchtlingen im Bappertal zu beherbergen. Im Interesse der Ruhe und Ordnung mußte erzwungen werden, was geschah, wenn die Flüchtlinge in das besetzte Gebiet übertraten. Wir hätten, so sollten interniert werden.



Abg. Falk (D.D.P.): Wenn Herr Reich schon im besetzten Gebiet war, warum ist er dann nicht auch zu den deutschen Behörden gegangen.

Damit schließt die Aussprache. Der Rotentwurf wird an den Haushaltsausschuß verwiesen. Das Reichshelmschutzgesetz wird am 24. (Wohnungs-) Ausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachm. 1 Uhr.

Berlin, 15. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr: Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und betreffend die Heeresjustiz.

Abg. Wurmuth (D.Nat.): Meine Partei steht dem Entwurf ablehnend gegenüber. Mindestens ist seine Einführung zum 1. Oktober verfrüht.

Abg. Stücken (S.): Fälle wie der Jabens- und Marloh-Prozess haben das Vertrauen zur Militärjustiz erschüttert. Ich beantrage die Verweisung an einen Ausschuß.

Abg. Graf Dohna (D.Vp.): Wir wünschen einen Anschlag des Entwurfs, da zur Zeit eine gründliche Durchberatung unmöglich ist. Zudem haben wir nicht das nötige Vertrauen zu dem Reichsjustizminister, der den Tempel der Justitia entweiht hat, da er seine Befugnisse überschritten hat.

Abg. Falk (D.D.P.): Die Befugnis des Reichsjustizministers wird durch die Vorlage nicht erweitert.

Reichsminister Baum: Der Entwurf ist bedingt durch die Verfassung. Er ist ferner notwendig durch die ersprechende Zunahme von Vergehen in der Reichswehr.

Beide Gesetzentwürfe werden an einen 21 gliedrigen Ausschuß verwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Branntweinsteuer wird in allen drei Lesungen erledigt.

Die Berichte des Ausschusses für Wohnungspolitik werden ohne Aussprache erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele.

Abg. Ende (D.D.P.): Das Heer von Arbeitern, das bei den Lichtspielen beschäftigt ist, darf nicht brotlos gemacht werden. Die Prüfung müßte einer Stelle übertragen werden, bei der auch pädagogisch und künstlerisch Gebildete mitwirken.

Abg. Frau Meude (D.Vp.) stimmt dem zu.

Abg. Krüger (S.): Die Selbstzensur der Filmbesitzer hat den Erwartungen nicht entsprochen. Politische und religiöse Gründe dürfen für die Zensur nicht maßgebend sein.

Abg. Frau v. Sierke (D.Nat.Vp.): Der Staat muß die Bedingungen für eine sittliche Weiterentwicklung schaffen.

§ 1 wird in der Ausschlußfassung angenommen mit dem Zusatz, daß die vorgesehene Verbote für das In- und das Ausland gelten sollen.

In § 3 bekräftigt Abg. Frau Sieg (U.S.P.) den Antrag Agnes, das Alter für Jugendvorstellungen von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen.

Der Antrag Agnes wird abgelehnt.

In § 6 wird Absatz 1 gestrichen, der besondere Landesprüfungsstellen für Jugendfilme einführen wollte.

Weitere Paragraphen werden im wesentlichen in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Das Gesetz wird darauf auch in der 3. Lesung angenommen.

Der Antrag auf Kommunalisierung der Vorführung von Bildstreifen wird abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Anfragen, Aufhebung des Vorstands usw.

Neues vom Tage.

Gegen die Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 15. April. Gegen die Auflösung der Einwohnerwehren veröffentlicht der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund einen Aufruf. Die Auflösung bedeute in weiterer Folge eine Störung der Lebensmittelversorgung und Hungersnot für das gesamte Volk.

Der Richterstreik in Oberschlesien.

Deuthen, 15. April. Sämtliche Justizbeamte der Landgerichte Gleiwitz, Ratibor und Oppeln haben sich dem Streik der Justizbeamten des Landgerichts Deuthen angeschlossen.

Widerspruch der Needer.

Bremen, 15. April. In der Hauptversammlung des Deutschen Seeschiffahrtstags wurde ein scharfer Widerspruch gegen die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte einstimmig angenommen und dem Reichskanzler, dem Auswärtigen Amt und der Nationalversammlung übermittelt.

Bermischtes.

Hühnerer auch im Winter. Ein Tierarzt schreibt uns: Die heutigen schwereren Ernährungsverhältnisse haben erfreulicherweise wenigstens einen starken Aufschwung der Kleintier- und Geflügelhaltung bewirkt und jede Anregung zu ihrer weiteren Hebung muß willkommen heißen werden. Eine solche gibt Dr. Decker-Bowen in Nr. 10 der Deutschen Tierärztlichen Wochenschrift, indem er nachweist, wie die künstliche Beleuchtung der Geflügelställe in der Nacht das Eierlegen und das Wachstum des Junggefüglens zu beschleunigen vermag. In den Monaten mit langen Nächten, Oktober bis Februar, hört bekanntlich das Eierlegen fast ganz auf, und es muß ohne weiteres einleuchten, daß Hühner, die z. B. im November und Dezember schon um 4 Uhr nachm. ihren Ruheplatz aufsuchen und dort bis 8 Uhr m. verweilen, also während dieser langen Zeit ohne Futter bleiben, hungern müssen, da der Magen der Hühner nicht so eingerichtet ist, daß er mit dem Futter, womit er am Abend gefüllt wird, bis zum andern Tag ausreicht. Die Tiere gehen langsam in ihrem Nährzustand zurück und können unmöglich noch Eier liefern. Die künstliche Beleuchtung der Ställe bietet nun dem Geflügelhalter die Möglichkeit, den Hühnern auch dann ihr Futter zu reichen, wenn sie hungrig geworden sind. Die Erfahrung hat nämlich gelehrt, daß die Tiere sich rasch an die Futteraufnahme bei künstlichem Licht gewöhnen. Sobald der Stall erleuchtet wird und das elektrische Lichtwerk sie ruft, verlassen die Tiere ihre Strohbetten, die Glühbirne erhellt sich mit ihrem hungerigen Kleinen, so diese verlassen sogar eine künstliche Glühbirne begeben sich zum Futterplatz und verzehren schnell ihr Futter, um dann als guternährte Tiere wieder auf ihre Strohbetten zu klettern. Durch eine regelmäßige ausreichende Fütterung werden die Verdauungsorgane in den langen Herbst- und Wintermonaten in bestem Zustand erhalten. Der Futtermangel wird erhöht und somit der Körper warm gehalten, was zur Folge hat, daß auch alle übrigen Organe, besonders die Eierstöcke, ordnungsmäßig arbeiten, d. h. Eier hervorbringen. Die Egelchen werden in den Ständen geflügelt, auch in den Wintermonaten Eier zu legen, und so kann das Eierlegen gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden, und auch die künstliche Brut kann jederzeit beginnen, da die ausreichende Ernährung der jungen Tiere für jede Jahreszeit sichergestellt ist. Durch die gleichmäßige regelmäßige Ernährung gelangt naturgemäß auch das Junggefügel schneller zur körperlichen Entfaltung und damit zum Eierlegen. In den Nächten mittlerer Dauer wird eine einmalige Fütterung genügen, während in den Monaten mit ganz langen Nächten vorzüglich morgens und abends gefüttert wird.

Die Kaligruben im Elsaß.

Paris, 15. April. Die verkauften, wird die Regierung einen Gesetzentwurf über den Rücklauf der Kaliminen in Elsaß-Vorbringen einbringen.

Der erste Mai.

Paris, 15. April. Der Kammer ist ein Antrag des Abgeordneten Geraud zugegangen, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären.

Der Streik in Irland.

London, 15. April. (Havas.) Die Dockarbeiter, Fuhrleute, Kraftwagenfahrer und ein Teil der Bergarbeiter von London-Derry (Irland) sind zum Protest gegen die Behandlung der verhafteten Sinn-Feuer in den Streik getreten. Der Verkehr zwischen den Häfen von Südwest- und Irland, außer London-Derry, ist eingestellt. Die Schiffe von Swansea werden in den irischen Häfen nicht geladet.

Der Streik in Dublin breitet sich weiter rasch aus. Die Soldaten wurden aus der Umgebung des Gefängnisses von Dublin zurückgezogen. Die wegen ihres Hungerstreiks sich im äußersten Schwächezustand befindenden Gefangenen wurden in ein Spital der Stadt übergeführt.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

Newyork, 15. April. Die Lage im Eisenbahnerstreik im Osten ist noch sehr ernst. Im Westen hat sie sich gebessert. In Ohio zählt man immer noch über hunderttausend Arbeitslose.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 15. April. Nach einer Meldung aus Kowno befehlen die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, eine Kriegszuschädigung von 2 Milliarden in Gold, Rückgabe des Eisenbahnmateri als sowie der Maschinen und des weggeführten Eigentums der Banken, wofür eine weitere Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gefordert wird. Außerdem verlangt Lettland einen Anteil an dem russischen Goldbesitz.

London, 15. April. Der „Djindienst“ meldet aus Tokio: Die japanischen Truppen haben in Sibirien Nikolai und Chabarowsk erobert und die sibirischen Truppen bei Selenst geschlagen. Die Bahnen im Gebiet von Madnowsk befinden sich in der Hand der Japaner. An der Ostküste des Baikalsees wurden die Bolschewiken von den Japanern geschlagen. Aus Japan gehen drei neue Divisionen zur Unterstützung der in Sibirien kämpfenden Truppen ab.

Die Reichswehr im Vogtland.

Leipzig, 15. April. In dem amtlichen Bericht aus dem Vogtland heißt es: Bei den gestern gemeldeten Zusammenstößen mit der Hölz-Bande südlich Rautenkranz hatten die Truppen keine Verluste. Die Zahl der hierbei gemachten Gefangenen hat sich auf 100 erhöht. Erbeutet wurden 1 Maschinengewehr, 300 Gewehre, und verschiedene Personentransportwagen, darunter der von Hölz mit dessen Hut. Hölz ist angeblich in Frauenfeldern entkommen. Die Bahnlinie Klingenthal-Falkenstein ist an mehreren Stellen durch Beschädigung der Gleise unterbrochen. Bei Annäherung der Truppen hat der „Aktionsausschuß“ in Burgstädt die Stadt verlassen. Leutersdorf und Umgebung wurde gestern nachmittag, Hohenstein-Ernstthal heute kampflos besetzt. Ueber die Amtshauptmannschaft Glauchau ist gestern der Ausnahmezustand verhängt worden. Es hat sich dort ein neues Brandkomitee gebildet. Ein neugegründeter Bürgerausschuß organisierte eine bewaffnete Abwehr gegen den Roten Terror.

Ehen zwischen deutschen Soldaten und deutschen Frauen. Die englische und die deutsche Regierung haben vereinbart: Ein Offizier oder ein Soldat, der eine Ehe mit einer deutschen Frau im besetzten Gebiet eingehen will, hat seinen Vorgesetzten davon in Kenntnis zu setzen, eine Abschrift seines Geburtsaktes beizubringen und ferner sein schriftlich gegebenes Ehrenwort an Eides Statt einzusetzen, daß er die gesetzliche Fähigkeit zur Eingehung einer Ehe besitzt. Der vorgelegte Offizier übersendet die vorgeschriebenen Papiere dem zuständigen Standesbeamten.

Soalbard oder Spizbergen. In den Verhandlungen über den Spizbergen-Vertrag, durch den dieses arktische Gebiet an Norwegen übertragen wurde, ist verschiedentlich der altnorwegische Name Soalbard für Spizbergen der Name rührt von den zahlreichen Eisbergen der Berge im Inneren der Inseln her) aufgetaucht, und in Norwegen selbst haben sich Stimmen erhoben, dem neuverworfenen Lande nunmehr diesen alten Namen beizulegen. Man stützt sich auf die nicht erweisbare Behauptung, daß die Inselgruppe bereits im Jahre 1194 durch Norweger entdeckt worden sei, die ihr den Namen Soalbard, d. h. „kalte Küste“ beigelegt hätten. Darnach wäre die Entdeckung durch die Holländer im Jahre 1494 nur eine erneute Wiederentdeckung eines schon früher entdeckten Landes, das übrigens die holländischen Entdecker für einen Teil von Gronland hielten und das sie darum einfach Neuland (Neuland) nannten. Gegen eine Namensveränderung führt der bekannte norwegische Spizbergenforscher, Dr. Adolf Hoel, wie wir dem „Nieuw Rotterdamsche Courant“ entnehmen, zwei gewichtige Gründe ins Feld. Zunächst ist es nicht möglich, den Beweis zu liefern, daß die Norweger Spizbergen entdeckt haben. Zum andern aber sei der Name Soalbard ziemlich unbekannt, während der Name Spizbergen, wenigstens außerhalb Norwegens, durchaus gebräuchlich ist. Es wäre dies ungefähr dasselbe, wie wenn man Amerika in Vinland umtaufte (wie der alte norwegische Name für Amerika lautet). Dr. Hoel macht daher, um die Streitfrage zu lösen, den Vorschlag, den Namen Soalbard für das gesamte Gebiet einzuführen, das Norwegen jetzt im nördlichen Eismeer bekommen hat. Dieses umfaßt, wie in Artikel 1 des Vertrags gesagt wird, außer der Bäreninsel alle Inseln zwischen dem 10 und 35 Längengrad östlich von Greenwich und zwischen dem 74 und 81 Grad nördl. Breite, nämlich: Westspizbergen, Nordostland, Barents-Insel, König-Karls-Land, Hoffnungs-Insel und Prinz-Karls-Vorland mit allen dazugehörigen Inseln, Inselchen und Schären. — Diese Lösung ist an sich nicht zu verwerfen, in dessen erscheint es fraglich, ob es leicht sein wird, den alten Namen überhaupt einzuführen, nachdem man sich längst allgemein daran gewöhnt hat, für den ganzen Inselkomplex den Namen Spizbergen zu gebrauchen.

Breslau, 15. April. Eine Arbeiterversammlung stellte an die Abstimmungskommission der Verbündeten in Opatowitz die Forderungen, daß der Familie des ermordeten Güttervorstehers 100 000 Mk. in Gold und den weiteren Verletzten eine Entschädigung gezahlt werde. Kein französischer Soldat soll außer Dienst Waffen tragen und der Befehlshaber habe darauf zu achten, daß der Bevölkerung gegenüber die Gesetze der Menschlichkeit geachtet werden. Der Täter soll bestraft werden. Im Falle der Ablehnung wurde mit dem Generalkriegsgericht gedroht. Nach Schluß der Versammlung kam es zu einer Schlägerei mit französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Die Bestrafung wurde zugesagt.

10tägige Landesperre in Polen.

Danzig, 15. April. Zur Durchführung der Abstempelung der Kronen-Banknoten wird von Mitternacht 16./17. April bis Mitternacht 26./27. April der ganze Personen- und Güterverkehr zwischen Polen und dem Ausland gesperrt. Die Abstimmungsgebiete gelten als Ausland. Der Durchgangsverkehr von Deutschland nach Ostpreußen wird beschränkt aufrechterhalten.

Die Notizen werden nicht veröffentlicht.

London, 15. April. Bonar Law erklärte im Unterhaus, der französisch-englische Notenwechsel über die Belegung von Frankfurt und der umliegenden Städte werde nicht veröffentlicht werden.

Paris, 15. April. Wie das „Echo de Paris“ erfährt, wird auch der italienische Botschafter der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz wieder bewohnen.

Falschmeldung.

Berlin, 15. April. Eine Meldung, daß General v. Lüttwitz und Major Bischoff in Horst (Pommern) entdeckt und verhaftet worden seien, hat sich als eine Falschmeldung erwiesen.

Das B.P.S. hat eine gerichtliche Untersuchung beantragt.

Frankfurt, 15. April. Wegen eines Zusammenstoßes eines Studierenden mit einem französischen Soldaten wurde die Universität geschlossen.

Planen i. S., 15. April. Von Jägersgrün wurden gestern abend 120 Rotgardisten in zwei Eisenbahnwagen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren nach Delitzsch abtransportiert.

Mord eines Franzosen.

Opatowitz, 15. April. Der Güttervorsteher Blazek des Bahnhofes in Opatowitz ist von dem französischen Alpenjäger Jules Pascenti erschossen worden. Pascenti gab bei seiner Verhaftung an, er habe seine Eltern rächen wollen, die in Frankreich von Deutschen erschossen worden seien.

Heeresverminderung in Italien.

Mailand, 15. April. Nach einem Plan des Kriegsministers werden die Streitkräfte stark herabgesetzt werden. Die militärische Dienstzeit für jeden italienischen Staatsbürger soll 8 Monate nicht übersteigen. Die Zahl der Armeekorps soll auf 10 herabgesetzt werden, wodurch 300 Generale zur Entlassung kommen werden.

Annunzio Bolschewik.

Mailand, 15. April. Der „Avanti“ veröffentlicht Nachrichten eines sozialistischen Blattes in Triest, wonach Annunzio die Absicht haben soll, in Triest eine Sowjetrepublik auszurufen, die auf Venedig und Julien ausgedehnt werden soll.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

Newyork, 15. April. Die Hafenarbeiter haben sich vielfach den streikenden Eisenbahnern angeschlossen, so daß die Schiffe nicht ausfahren können. Es mußte an vielen Orten die Hafensperre verhängt werden.

Was heute Künstler verdienen. Vor einigen Wochen traten die Kritiken des Berliner Varietetheaters Wintergarten in einer Zeitschrift, wobei es sich um Nachzahlungen auf bereits abgeschlossene Verträge handelte. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, welche Gelder an einzelne Mitglieder des Breittels gezahlt werden. Mit Staunen las man, daß Otto Reutter, Humorist ein Monatsgehalt von 30 000 Mark bekam, daß ein Tänzerpost 12 500 Mark im Monat verdiente, ein Paar humoristische Duetten 23 000 Mark, ein einzelner Komiker 6000 Mark, ein Improvisator 6000 Mark und daß es überhaupt Monatsgehälter unter 2500 Mark nicht gab. Ähnlich werden bei dem großen Theater unter dem Druck der allgemeinen Lohnsteigerungen gegen früher ganz gewaltig erhöhte Gehälter gezahlt. Wohlverstanden, immer an die, die für die Desastrosität in Betracht kommen. Max Ballenberg in Berlin soll monatlich 60 000 Mark verdienen, er läßt sich im Romädiendehaus an jedem Abend 2000 Mark zahlen. Da er mit einer der beliebtesten Berliner Soubretten Frigi Massary verheiratet ist, die am Berliner Theater monatlich ihre 30 000 Mark einstreicht, so braucht sich das Ehepaar Ballenberg-Massary keine Nahrungsorgen zu machen. Mit 50 000 Mark im Monat kann man auch heute noch ganz erträglich durchkommen. Sehr hoch werden in Berlin noch immer die ersten Soubretten bezahlt. Monatsgehälter von 20- und 24 000 Mark sind da keine Seltenheit. Viele Künstler Berlins haben ihre Einnahmen durch die Mitarbeit am Film gewaltig erhöht. Von Albert Hoffmann sagt man, daß er auf die eine und auf die andere Weise Einnahmen bis zu 200 000 Mark und mehr im Jahre erzielt. Denn der Film zählt auch schon seinen Lebenden 15- oder 18 000 Mark im Monat. Beim Kino sind gerade in den letzten Monaten die Honorare für alle, die dabei beschäftigt sind, Schauspielere, Spielleiter, Musiker, gewaltig gestiegen. Die letzteren verlangen allein an einem nicht großen Kinodrama im Durchschnitt täglich 300 Mark. Dafür ist aber auch in einem der großen Berliner Theater ein leidlicher Parkettplatz unter 12 bis 15 Mark kaum noch zu haben.

Humoristisches.

Schwedischer Humor.

Der Reizende sah sich die Rechnung an, die ihm der Oberkellner soeben gebracht hatte. Er war ein eifriger Lurker und konnte im allgemeinen eine Hotelrechnung ohne Blinzeln betrachten. Aber diese Rechnung übertraf alles, was er je in dieser Hinsicht erlebt hatte.

„Oberkellner, haben Sie die Rechnung hier aufgesetzt?“ fragte er. „Nein, mein Herr, das haben Sie auf dem Büro gemacht.“ „Tragen Sie sie zurück und sagen Sie, das sei ein Irrtum. Ich habe noch ein paar Mark übrig!“

Krieg im Osten.

London, 15. April. Aus Konstantinopel berichtet die „Morningpost“, daß die Bolschewisten mit Mustafa Kemal Pascha ein Abkommen getroffen haben.

Rotterdam, 15. April. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ melden die Blätter aus Damaskus, in Mesopotamien sei ein Aufstand gegen die Engländer ausgebrochen. Der Bezirk Kuf-el-Amara befindet sich in den Händen der aufständischen Stämme. Die Bewegung habe auch auf die Bezirke Bagdad und Basra übergriffen. Die Brücken seien gesprengt und die Bahnhöfe verschiedentlich unterbrochen.

Der abgelehnte Kredit.

Brüssel, 15. April. Die britische Regierung hat den von Belgien weiter erbetenen Kredit abgelehnt. Selbstverständlich läßt die belgische Regierung mitteilen, daß die Verweigerung nicht durch die Beteiligung Belgiens an der Besetzung Frankreichs verursacht sei, England habe schon lange erklärt, daß es über den 1918 bewilligten Kredit von 9 Millionen Pfund Sterling nicht hinausgehen könne. (Warum hat Belgien dann einen neuen Kredit beantragt? D. Schr.) Die Regierung verhandelt jetzt mit Privatbanken.

Das halbamtliche „Journal de Bruxelles“ gibt zu, daß die belgische Regierung für die Beteiligung an der Besetzung die Unterstützung Frankreichs bei der Verteilung der luxemburgischen Bahnen erwartet habe.

Minderwertiges Mehl.

Wafel, 15. April. Die „Information“ meldet aus Washington, Repräsentantenhaus und Senat haben das Gesetz, nach dem 5 Millionen Faß Weizenmehl auf Kredit nach Europa verkauft werden, angenommen. Senator Gronna bemerkte, das Mehl sei minderwertig und die Regierung würde einen Verlust von 16 Millionen Dollar haben, wenn es nicht unter Ausnützung der Vorklage in Europa dorthin verkauft werden könnte.

Vorkehrungen in Berlin.

Berlin, 15. April. Gestern Abend ist das Regierungsbüro durch Beamte der Sicherheitspolizei besetzt worden. Um 10 Uhr wurde der Befehl ausgegeben, die Kontrolle wieder aufzuheben. Die Beamten der Sicherheitspolizei zogen sich daraufhin in ihre Quartiere zurück.

Aus Stadt und Land.

Montag, 16. April 1920.

Telephonfrage. Die Firma Gebr. Ackermann, Schloßfrei, hier, wurde an das Telephonnetz unter Nr. 97 angeschlossen.

Jagdglück. Oberförster Diem erlegte heute früh einen prächtigen Auerhahn.

Jugendgruppe. Gestern Abend fand im Saal zum „Edwars“ eine Versammlung der Jugendgruppe der D. der alt. Partei statt, in welcher Ansichten über Ziele und Bestrebungen der Jugendgruppe kundgegeben wurden. Es wurden sodann neue Mitglieder aufgenommen und 2 Damen in den Ausschuss gewählt. Nichtbestoweniger ergeht an die der Jugendgruppe noch Fernstehenden der dringende Appell ebenfalls für Politik Interesse zu zeigen und einer unserer nächsten Versammlungen beizuwohnen. — r

Württemberg nur ein Wahlkreis? Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit wird es, nach dem „N. Tagblatt“, in politischen Kreisen für zweifelhaft gehalten, ob es noch möglich sein wird, das neue Reichstagswahlgesetz mit der erforderlichen Gründlichkeit durchzuberaten. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, die kommenden Reichstagswahlen nach einem im Verhältnis zum Entwurf vereinfachten Wahlverfahren auf der Grundlage der Wahlkreiserteilung bei der Nationalparlamentarischen Wahl vorzunehmen. Damals bildete bekanntlich Württemberg und Hohenzollern zusammen einen einzigen Wahlkreis.

Die Reichstagswahl soll nach der Eoz. Korr. erst am 13. nicht 6. Juni stattfinden.

Zur Frage der Kirchensteuer. Manche Gemeinden sind bisher ohne Kirchensteuer ausgekommen. Nun ist aber alles soviel teurer geworden, daß die alten Einnahmequellen, Opfer, Gebühren, Pachtzinsen u. ä., nicht mehr zureichen, und kaum eine Gemeinde wird sich länger der Notwendigkeit verschließen können, nun auch eine Kirchensteuer einzuführen. In den Städten hat sich die Kirchensteuer schon lang als notwendig und als durchführbar erwiesen; man wird auf dem Lande dem Gedanken auch näher treten müssen. Wir werden uns überhaupt mehr als bisher daran zu gewöhnen haben, daß wir für kirchliche Bedürfnisse Opfer bringen müssen. In einer christlichen Gemeinde gehört auch in diesem Blick die Gemeinschaft des Lastentragens?

Die Elementarschulen bleiben in Württemberg jedenfalls für das Jahr 1920 bestehen. Die Einrichtung der sogenannten Grundschulen, durch die die Elementarschulen ersetzt werden sollen, kann vor dem nächsten Jahr nicht erfolgen.

Zur weiteren Beschaffung von Lebensmitteln wird die Reichsregierung demnächst einige Milliarden anfordern. Bis jetzt sind für diesen Zweck 7 1/2 Milliarden aufgebracht worden.

Entschädigung für Postpakete. Die Entschädigung für in Verlust geratene gewöhnliche Postpakete wird von 3 Pfund auf 10 Pfund erhöht. Man hofft, daß dadurch die Sendung von Wertpaketen, die in höherem Maße angewachsen ist, zurückgehen wird.

Freudenstadt, 12. April. (Aus der Sitzung des Beirats beim Mehlamt.) Auf die innerhalb des Beirats vorgebrachte Klage betr. der Zuweisung von minderwertigem Vieh (namentlich letzte Woche) an die hiesigen Metzger erwiderte der Vorsitzende, daß er mit dem Ausschuss des Landw. Bezirksvereins Rücksprache genommen habe. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, daß sämtliche zur Schlachtung kommende Vieh auf die Sammelstelle in Dornstetten gebracht werden müsse, wofür die unparteiische Verteilung auf die einzelnen Gemeinden vorgenommen würde. Der von den Hausfrauen vorgebrachte Wunsch, die mittags in den Sammelstellen zur Ausgabe gelangende Milch schon vormittags abzugeben, kann nicht verwirklicht werden, da dies nicht zu der gewöhnlichen Zeit hierher gelangt. — Das unerlaubte Herstellen von Brezeln bezahlte ein Bäcker des Bezirks damit, daß ihm letzte Woche 130 Stück frisch gebackene, große Brezeln abgenommen und dieselben dem hiesigen Bezirkskrankenhaus überwiesen wurden. — Die Landesversorgungsstelle bemängelte die äußerste schlechte Eierablieferung in unserem Oberamtsbezirk und will, wenn es dem Oberamt nicht gelingt, bis Ende Mai eine Besserung herbeizuführen, ein entsprechendes Quantum dem Bezirk zustehender Zucker einbehalten. Zudem hat die Landesversorgungsstelle das Eierablieferungsoll im hiesigen Bezirk um 5000 erhöht, wogegen jedoch das Oberamt protestiert hat.

Stuttgart, 15. April. (Kinderhorte.) Der Verein der Stuttgarter Knaben- und Mädchenhorte beschloß die Unentgeltlichkeit der Horte aufzuheben. Jedes Kind soll fortan eine Monatsgebühr von 5 Mk. für den Hort und 10 Mk. für das Tagheim zu entrichten. Die tatsächlichen Kosten betragen für Kind und Monat 8 bzw. 15 Mk.

Stuttgart, 15. April. (Reise des Staatspräsidenten.) Staatspräsident Ebert hat sich nach Berlin begeben. Als Stellvertreter ist Minister v. Dierber bestellt worden.

Stuttgart, 15. April. (Aus dem Finanzausschuss.) Am Mittwoch trat der Finanzausschuss zur Beratung des 15. Nachtrags mit der Forderung von 20 Millionen zusammen. Der Arbeitsminister gab einen Überblick über den Arbeitsmarkt und die Erwerbslosenfürsorge. Der Aufwand für diese betrug im Februar 1919 2,6 Millionen Mk., im Februar 1920 dagegen 1,8 Millionen Mk. Es sei zu fürchten, daß die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit wieder zunehme. Von der Industrie werde vereinigt gefordert, daß der Absatz sowohl im In- als auch im Ausland nachlasse. Dies hänge mit den Preisen für deutsche Waren zusammen, die sich den Weltmarktpreisen nähern. Dem Nachtrag wurde zugestimmt. Ernährungsminister Graf gab vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Ernährungslage.

Stuttgart, 15. April. (Die drohende Hungersnot.) Eine vom Verein zur Förderung der Volksbildung, von sämtlichen Gewerkschaftsverbänden, dem Ev. Volksbund, dem Rath. Volksverein und anderen Organisationen einberufene Versammlung nahm nach einem Vortrag von Professor Dr. Gaupp-Tübingen einstimmig eine Entschließung an, in der Bauern und Städter aufgefordert werden, die Behörden im Kampf gegen Schieberismus und Schleichhandel nachdrücklich zu unterstützen. Von der Reichsregierung werden unverzügliche Maßnahmen erwartet, um jede Verengung von Nahrungsmitteln zu verhindern. Ferner wurde eine strengere Durchführung der Zwangswirtschaft verlangt.

Nottwelt, 15. April. (Beschlagnahme.) Bei dem früheren Besitzer des Gasthofs zum Engel, Baumann, wurde ein recht ansehnliches Lager von Lebensmitteln beschlagnahmt: 10 Schinken, 9 Seiten Speck, 200 Pfund Fleisch und 5 Zentner Mehl. Die Wirtschaft ist schon an einen neuen Wirt übergegangen.

Schramberg, 15. April. (Besitzwechsel.) Die hiesige Ortskrankenkasse hat die Gastwirtschaft zur „Tafel“ um 120 000 Mk. käuflich erworben, um dieselbe ihr Büro unterzubringen.

Stuttgart, 15. April. (Verbesserung des Fernsprechverkehrs Stuttgart-Berlin.) Auf die vielen Klagen über die mangelhafte Fernsprechverbindung mit Berlin wird zunächst eine dritte unmittelbare Leitung Stuttgart-Berlin geschaffen werden.

Stuttgart, 15. April. (Abwanderung aus dem Staatsdienst.) Nach dem „N. T.“ sind von 18 Kandidaten die die juristische Referendarprüfung ablegten, nur 3 in den Staatsdienst eingetreten, alle übrigen hoben Privatstellungen, besonders in der Industrie, gesucht. Für eine Anzahl Amtsrichterstellen haben sich nicht einmal genügend Bewerber gemeldet.

Troffingen, 15. April. (Lohnbewegung.) Bei den Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeiter der Harmonika-Industrie wurden die Zulagezulagefeste angenommen, die für die Uhrenindustrie vereinbart sind.

Wolfsch, 15. April. (Großer Brand.) Der große Klausenhof der Frau Friedr. Schwendemann Wwe. in Welschensteinach ist vermutlich durch Brandstiftung vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird auf 130 000 Mark geschätzt. Die Besitzerin hat im Krieg drei Söhne verloren. Nun sollte die Tochter der Tochter stattfinden, die den Hof übernehmen wollte. Der Brand hat ihre Heimut vernichtet.

Konstanz, 15. April. Während eines Familienstreites schloß Polizeiergeant Paul Reuendorf auf seine Frau und brachte ihr einen schweren Bandschuss bei. Eine zweite Kugel traf die 21jährige Tochter. Reuendorf ist nach der Tat in den Rhein gegangen und wahrscheinlich ertrunken; bis jetzt konnte sein Aufenthalt nicht ermittelt werden. Uniform, Säbel und Geldbörse wurden am Ufer gefunden.

Vermischtes.

Rechenbrand. In die Hedwigskirche in Wolgast (Pommern) schlug der Blitz dreimal kurz nacheinander ein. Das Innere der Kirche ist vollständig ausgebrannt.

1 Million Mark hat die preussische Regierung den Hinterbliebenen der Opfer der Explosion in Rothenstein überwiesen lassen.

Moed. Die Ehefrau des Arbeiters Lepka in Kottbus erschlug ihre erst seit kurzem verheiratete Tochter, zerstückelte den Körper und verbrannte ihn. Den abgetrennten Kopf fand man am Ufer der Spre.

Kohlenschleppungen. Eine Angestellte der städtischen Kohlenstelle in Charlottenburg nahm die abgelieferten Kohlenkarten für sich und anstatt sie zu entwerten, verkaufte sie dieselben an Bekannte um 1 Mk. bis 1,50 Mk. das Stück. Die Bekannten trieben wiederum einen regelrechten Kartenhandel. Die ungetreue Angestellte hat auf diese Weise über 25 000 Zentner Kohlen verschoben. Auf nur 100 Zentner mit gleichen Schleppungen brachte es ein Hilfsbeamter des Berliner Magistrats.

Die Wlton-Geschichte. Am 16. April beginnt vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Baumhach, der auch den Erzberger-Prozess leitete, die Verhandlung gegen den 44jährigen Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, den 47jährigen Rittmeister Du-bert v. Platen und den 23jährigen Prinzen Gottfried von Hohenlohe-Langenburg wegen der bekannten Vorgänge im Hotel Wlton in Berlin am 6. März. Die Anklage lautet auf versuchte Mord und Körperverletzung. Als Zeugen sind u. a. geladen die Franzosen Hauptmann Rougeon, Hauptmann Helols und Hauptmann Klein und Frau.

Präventivum am Rhein. Nach einer Matzger Meldung der Frankfurter Zeitung hat sich auf dem Rhein ein förmliches Präventivum herausgebildet. So wurde dieser Tage ein bei Niederstein angekommenes Kohlenloot von einer ganzen Kohlenflotte regelrecht überfallen und ausgeplündert. Von dem Schiff wurden 800 Zentner Kohlen und 100 Zentner Koks gestohlen. Von den Tätern konnten 15 festgenommen werden, ebenso acht Diebstahl. Die gestohlenen Brennstoffe wurden teilweise wieder beigebracht.

Letzte Nachrichten.

W.A. Amsterdam, 15. April. Wie die englischen Blätter melden, erklärte der Präsident des britischen Handelsamts im Unterhaus, aus Deutschland seien in den letzten sechs Monaten für insgesamt 2 243 000 Pfund Sterling Manufakturwaren nach England eingeführt worden. Soviel er wisse, habe die deutsche Regierung keinerlei Ausfuhrzoll erhoben.

W.A. Wlaven i. D., 15. April. Die hiesigen Arbeiter beschloßen, nicht in den Generalstreik zu treten, da sie in dem Einmäßen der Reichswehr eine gegen Hötz gerichtete Aktion erblickten. — Den hier verhafteten 122 Rotgardisten wurden 150 000 Mark abgenommen.

W.A. Karlsruhe, 15. April. Der badische Landtag hat heute an Stelle des zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen badischen Finanzministers Dr. Birch den Staatsrat Abg. Adhler einstimmig zum badischen Finanzminister gewählt.

W.A. Bochum, 15. April. Reichswehrtruppen sind heute Vormittag hier eingetroffen.

W.A. London, 15. April. Die Bank von England hat den Diskontsatz von 6 auf 7 Proz. erhöht.

W.A. Brüssel, 15. April. Der Senat hat einen Gesetzentwurf betreffend das allgemeine Wahlrecht angenommen, der auch den Frauen das Stimmrecht gibt.

W.A. Paris, 15. April. Im Prozeß Gailaux sagte der Staatsanwalt das Ergebnis der Untersuchung in der Minotto-Anglegenheit dahin zusammen, daß Gailaux, der mit einer Mission in Amerika beauftragt war, strafbare Beziehungen zu einem deutschen Agenten unterhalten hat.

W.A. Kopenhagen, 15. April. Ein deutsches Wasserflugzeug, das auf einem Flug von Ewinemünde nach Christiania war, stürzte heute Nachmittag im Sund ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Piloter Rölling wurde schwer verletzt. Sein Begleiter, ein Mechaniker, erlitt leichtere Verletzungen. Das Flugzeug sollte zu Passagierflügen in Christiania Verwendung finden.

W.A. Berlin, 15. April. Die Betriebsräte in der Fabrik Knorr-Bremse in Dichtenberg drangen heute in das Verwaltungsgelände ein und stellten folgende Forderungen an die Direktion: 1) Zahlung von 1000 Mark an jeden der 3600 Arbeiter. 2) Keine Akkordarbeit mehr, sondern 6 Mark Stundenlohn. 3) Bezahlung der Kapp-Streitfrage. Bei der Gelegenheit wurden die Arbeiter mäßig gegen einzelne Beamte und zwangen schließlich den Direktor, mit den draußen versammelten Arbeitern zu verhandeln und ihnen folgende schriftliche Zusagen zu machen, die er angesichts der drohenden Haltung der Arbeiter auch abgab: Zahlung von 500 Mark. Zu Punkt 2 und 3 erklärte er, sich jetzt nicht festlegen zu können. Die Direktion lehnte aber nachher die Erklärungen des Direktors ab, weil sie ihm abgezwungen worden waren und der Bund der Metallindustriellen lehnte auch die Forderungen ab und beschloß, morgen die Fabrik zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Man befürchtet, daß die Arbeiter infolgedessen die Fabrik morgen sabotieren werden. Es ist aber für ausreichenden Schutz durch die Sicherheitspolizei Sorge getragen.

W.A. Berlin, 15. April. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung erklärte der Reichsfinanzminister, die ursprüngliche Forderung, das Defizit der Reichseisenbahnen würde sich auf 7 Milliarden beschränken, sei nicht aufrecht zu erhalten. Einschließlich von zwei Milliarden neugeforderten Löhne sei mit 12 Milliarden Defizit zu rechnen.

Naturnatürliches Wetter.

Die Störung im Nordwesten zieht gegen Norwegen ab. In Süddeutschland befinden sich nur noch teilweise Störungen, die jedoch ohne erheblichen Einfluß sein werden. Bei steigendem Barometer ist am Samstag und Sonntag vorwiegend trockenes, auch mehrföhl bedecktes, mäßig warmes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Druck und Verlag der W. Nefferschen Buchdruckerei, Klettstadt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Werkstauschkaufpreise.

Durch Erlass der Landesverorgungsstelle vom 12. 4. d. J. wurde die Erhöhung des Werkstauschkaufpreises auf 1.50 M. für das Liter für den Bezirk Nagold genehmigt.
Nagold, den 14. April 1920. Oberamt: Müng.

Altensteig-Stadt.

Nächste

Brot-, Fleisch-, Butter- und Zucker-Kartenabgabe

findet am **Samstag, 17. d. Mts.** in nachstehender Sachstufenfolge statt, welche bestimmt eingehalten werden muß:
A-F vormittags von 8-10 Uhr
G-K " " 10-12 "
L-R nachmittags " 2-4 "
S-Z " " 4-1/2 "

Die Karten müssen sofort nachgezählt werden, da keine Nachlieferung mehr stattfindet.

Altensteig, 16. April 1920.

Stadtschulth.-Amt.

Altensteig-Eitmannsweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 17. April 1920

im **Saithaus zum Engel in Altensteig** stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Ernst Schmid

Anna Warster

Sohn des
† Jakob Schmid, Metzger
in Altensteig.

Tochter des
Hd. Warster, Gemeinde-
pf. in Eitmannsweiler.

Kirchgang um 12 Uhr in Altensteig.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Zur sofort. Lieferung empfiehlt jedes Quantum

**Prima weißes
Speise-Salz**

Firma Karl Bengert, Stuttgart
Telefon Nr. 11331.

**Achtung! Achtung!
Kaufe Pferde**



zum Schlachten sowie auch verunglückte jedoch gesunde Pferde zu den höchsten Tagespreisen. Vermittler erhalten hohe Provision.

Erste ält. Pferdeschlächterei Württembergs
W. v. Dirke, Stuttgart
Brennerstr. 17. :. Telephon 5853.

Der obige ist im Besitz eines Aufkauf-scheines für ganz Württemberg, von der Fleischverorgungsstelle Stuttgart ausgestellt.

Altensteig.

Frisch eingetroffen:

**Brotaufrühr-Mittel
Alpezo**

(gebrauchsfertiger Streichkäse) ausgewogen 1 Pfd. **Mk. 6.-**

Chr. Burghard jr.

Bereitschafts-Dienst

am nächsten Sonntag

Dr. Hans Vogel
bel der Schwane
Telephon Nr. 8.

Nagold.

**Fleischräucher
Güllenspumpen
Brückenwagen
Kartoffelquetschen**
empfehlen

Johannes Werner
Telefon 111.

Altensteig.

Verloren

ging gestern Abend von der Schwandenbrücke bis zum Grünen Baum ein wollener

Teppich.

Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben im Grünen Baum abzugeben.

Altensteig.

**Ribfelle, Bock-
u. Geiß-Felle**

kauft zu den höchsten Tagespreisen

Karl Walz, Kürschner

Altensteig.

Prima frisches Natron-
Wasserglas
sowie

Garantol

in Packets empfiehlt zum Eier-einmachen billigst

G. W. Luz Nachf.
Fritz Bühler jr.

Porzellan-

Nest-Eier

das Stück 50 Pfennig bei Obigem.

Verstorbene:

Calw: Julius Kopp, ref. Apotheker.

Bergamentpapier

ist wieder geschnitten für Pfund-Packungen zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

Altensteig.

Altensteig

Dabei abgegeben:

6 cbm 35 mm

Sichendiele

Zuche 10-20 Ztr.

**Heu und
Dehmd**

zu kaufen

M. Schnierle
3 König.

Ein guter halbes



**Fahr-
Rad**

mit Gummibereifung hat zu verkaufen

Braun, Heselbronn.

Mädchen

gesucht für 1. Mai ein fleiß., reines, das auch etwas Gartenarbeit versteht. Kochen nicht unbedingt erforderlich.

Anträge mit Zeugnissen an

Frau Forstmeister Lehler
Forstb. Hirsau bei Calw.

Mädchengesuch

Ein jüngeres Mädchen für Küche und Haushalt in kleine Familie nach Stuttgart gesucht. Näheres bei Frau Otto Kaltenbach am Marktplatz Altensteig.

Altensteig.

Ein von der Schule entlassenes

Mädchen

zu Kindern sucht

Frau M. Schnierle
3 König.

Einige Wagen schönes

Kornstroh

und

Ackerheu

womöglich ewig Klee- und Eparfutur, sucht zu kaufen

J. F. Gierbach
Gompelscheuer.

Schwarzwalddrogerie

Altensteig
Telefon 41.

empfiehlt
sämtl. Bedarfsartikel für die Brauereiwirtschaft und Kellereiwirtschaft.

Gelatine

zur Weinschönung.

Verneet.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester

Marie

heute Morgen im Alter von 24 Jahren von ihrem langen, schweren Leben durch einen sanften Tod erlöst wurde.

In tiefer Trauer

Fr. Wurster, Tischmeister, u. Frau
und die zwei Schwestern
Rosine und Kathrine.

Beerdigung Sonntag nachmittag 3 Uhr.

Lorenz Luz jr., Altensteig Tel. 46.

hat folgende

Möbel preiswert abzugeben:

- 12 Stück **Stühle**, buchenholz, eichenfarb. gewischt,
- 3 „ gepolsterte eichene **Schreibstühle**, ungebeizt (roh),
- 6 „ eiserne **Gartenstühle**, lackiert,
- 1 „ runden eis. **Gartentisch** lackiert,
- 1 „ **Näh Tisch**, eichen roh,
- 1 „ **Rotenständer**, nußbaumfarb. poliert,
- 1 „ **Rauchtisch**, gewischt,
- 4 „ eiserne **Bettstellen** für Erwachsene,
- 5 „ „ „ „ Kinder,
- 1 Paar **Patent-Sprungfederbetten**, verjunkt, 190 x 90 Ztm., bestes Fabrikat.

Ansicht ist jedem Liebhaber ohne Kaufwanz gestattet.

Pferd-Verkauf.



Sehe einen 8-jährigen **Braunwallachen**, (Raffepferd) über eine 4-jährige **Braunkute**, mittelschwerer Belgier, wegen Entbehrlichkeit dem Verkauf aus.
Belde gut im Zug.

Daniel Luz, Gerberei, Altensteig.

W. Rieker'sche Buchdruckerei
L. Lauk, Altensteig.

**Leistungsfähige
Druckerei**

für Druckerarbeiten jeder Art
in einfacher und feiner Ausführung
zu mässigen Preisen.

Grosses modernes Schriftmaterial.

